

Agglo-Gemeinden brauchen ein Sprachrohr

Der vielfältigen Zusammenarbeit im «Speckgürtel» fehlt die Systematik – andere Regionen sind viel weiter

MARTIN MATTER

Man marschiert oft nebeneinander, oft mit- und bisweilen auch gegeneinander: Das Bedürfnis, über die interkommunale Zusammenarbeit hinaus zu einem «Agglo-Sprachrohr» zu kommen, scheint zu wachsen.

Man kennt sich, fast alle Kommunalpolitiker im «Speckgürtel» duzen sich, wenn sie im Rahmen von informellen Treffen miteinander oder aneinander vorbei diskutieren. Eine gemeinsame «Identität» gibt es nicht. Die Präsidentenkonferenzen im Birs- und im Leimental als Plattformen stellen den regelmässigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch sicher (aber bei weitem nicht oft genug, monieren viele); ebenso treffen sich die Gemeinde- und die Bauverwalter regelmässig. «Solche Netzwerke sind wichtig, auf informeller Ebene funktionieren die Kontakte ausgezeichnet», sagt Therwils Präsident Heiner Schärler, zugleich Präsident der Vorortskonferenz (VOK), jenes lockeren Podiums der Stadtrandgemeinden. Auch die VOK ist indessen ein informelles Gremium. Damit sind gleich auch die Grenzen ihres Wirkens skizziert.

So verschieden wie die Agglomerationsgemeinden sind auch ihre Zusammenarbeitsformen. Erfolge und Misserfolge liegen oft nahe beieinander. So funktionieren etwa die Wasserwerke Reinach und Umgebung mit einem Dutzend Gemeinden seit jeher problemlos,

dasselbe gilt von der grossen Kabelnetzanlage interGGA. Quer über die Gemeindegrenzen bestehen heute massenhaft Zweckverbände aller Gattungen und Grössen von der Logopädie über die Jugendmusik bis zum Zivildienst. Dabei fällt auf, dass die Zusammenarbeit häufiger auf einer der beiden Talachsen verläuft als über den Bruderholzrücken hinweg.

KLEINMUT UND ÄNGSTE. Im Gegenzug zu den Erfolgen scheiterte der Abfallverbund im Birseck am Kleinmut und den Ängsten etwa der Arlesheimer. Reinach und Aesch gerieten sich über einem möglichen Einkaufszentrum am Aescher Nordrand heftig in die Haare. Der Lachmatt-Vertrag zwischen Muttenz, Pratteln, Binningen und Birsfelden ist vorerst wegen des Muttenzer Neins gescheitert. Und der Feuerwehrverbund Arlesheim-Münchenstein wäre wegen der Opposition aus Feuerwehrkreisen beinahe baden gegangen. «Manchmal hängt der Erfolg einer Zusammenarbeit einzig davon ab, ob einige Leute sich gut verstehen oder eben nicht», sagt Rudolf Mohler, Oberwiler Preesi und zugleich Präsident der Baselbieter Vereinigung der Gemeindepräsidenten (VPG).

«GÄRTLEIN»-DENKEN. Wer sich im Birs- und im Leimental umhört, stellt wachsende Kritik am Zustand der heutigen Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hiaus fest. «Wir sind noch lange nicht dort, wo wir sein müssten», sagt Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann. «Dabei haben doch alle Gemeinden etwa dieselben Sorgen, etwa die geringen Feuerwehrbestände tagsüber.» Aber der Leidensdruck sei offenbar noch nicht gross genug, um das «Gärtlein»-Denken zu beseitigen.

«Ich bin nicht zufrieden und könnte mir sehr viel mehr Zusammenarbeit vorstellen», meint auch Karl-Heinz Zeller, Preesi in Arlesheim. Sein Dornacher Nachbar Kurt Henzi lobt, dass die Kantongrenze bei der Zusammenarbeit eigentlich wenig störe. Paradebeispiel: die Bahnhofplanung Dornach-Arlesheim oder der geplante Dornacher H18-Anschluss.

RÜCKFÄLLE. «Solange es gut geht, läuft auch die Zusammenarbeit recht gut», meint Birsfeldens Präsident Hugo Holm. «Sobald aber Probleme auftauchen, beruft man sich gleich wieder auf die Gemeindeautonomie.» Münchensteins Gemeindepräsident Walter Banga äussert sich zufriedener als andere und will bei der Zusammenarbeit «nichts erzwingen», sondern immer den «natürlichen Weg des Kontakts suchen». Wenn es aber darum gehe, Interessen etwa gegenüber dem Kanton geltend zu machen, «dann sollten wir unsere Kräfte bündeln». Neues aufzugleisen ist schwierig. Hintermann suchte seine Birsecker Nachbarn zur Kooperation beim Polizei-Nachtpikett zu bewegen. Fehlanzeige. «Die meisten sagten spontan ab, ohne nähere Prüfung.» Hintermann ist überzeugt, dass in Bereichen wie Polizei, Feuerwehr oder Abfall die Kooperation unter den Gemeinden viel intensiver werden müsste. «In den nächsten Jahren müssen wir das an die Hand nehmen.»

Über die Verbesserung der Zusammenarbeit gibt es Ideen, aber keinen Konsens. Binningens Präsident Charles Simon bringt auf den Punkt, was auch andere Kollegen ansprechen: «Alles läuft inoffiziell und freiwillig, die Gremien haben keine Kompetenz und keine Macht.» Rudolf Mohler bekräftigt: «Wir haben viele Formen der Zusammenarbeit, aber es fehlen die Systematik und

die längerfristige Rechtsverbindlichkeit.» Das ist der eine Aspekt. Den anderen bilden die spezifischen Interessen der Agglomerationsgemeinden. Zwar gibt es seit einigen Jahren den schlagkräftig gewordenen Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG), nur herrschen in seinem Schoss zwei verschiedene Strömungen: die Interessen der Ober- und jene der Unterbasel-

bieter Gemeinden sind keineswegs deckungsgleich. «Ich wünschte mir, die Agglo-Gemeinden hätten für sich ein ähnliches Gewicht wie heute der VBLG», sagt Karl-Heinz Zeller in Arlesheim. Urs Hintermann, Reinach: «Die Agglomerationsgemeinden benötigen ein eigenes Sprachrohr.»

Ein echter Agglomerationsrat wie in Freiburg (siehe unten) scheint in der Region Basel derzeit nicht aussichts-

reich. Aber etliche Unterbaselbieter Politiker könnten sich vorstellen, die Vorortskonferenz aufzuwerten in Richtung Agglomerationsrat. Die VOK ist heute bloss ein «Verein» mit einem Budget von gerade mal 5000 Franken. «Man sollte die VOK mit sehr viel mehr Finanzmitteln ausstatten», überlegt Heiner Schärler, «damit sie mit einem vollamtlichen Sekretariat lobbyieren und sich Gehör verschaffen kann wie der VBLG.»

Ein Budget von 200 000 oder 300 000 Franken jährlich bereitzustellen sollte für die Vorortsgemeinden machbar sein, meint Schärler. «Ja, unbedingt», sagt auch Urs Hintermann zu Schritten in Richtung eines Agglomerationsrates. Zugleich hält er aber auch viel häufigere und intensivere Treffen der Gemeindepräsidenten für unabdingbar.

KANTON NORDWESTSCHWEIZ. Auch andere Präsidenten könnten sich eine Aufwertung der Vorortskonferenz vorstellen. Neue Gremien hingegen möchte niemand schaffen: «Es gibt im Dreiländereck schon so viele Gremien, das überblickt ja niemand mehr», sagt Charles Simon im Chor mit anderen Kollegen. Und geht gleich einen Schritt weiter: «Die ganze Situation hier schreit geradezu nach einem Kanton Nordwestschweiz.»